

Rundbrief 2 / 2018

Liebe Mitstreiterinnen und Mitstreiter,

das Narrativ **Atomstrom sei saubere Energie** und sei nötig für den Kampf gegen den Klimawandel gilt es weiter zu **entkräften**. Die gesamte **Brennstoffkette** bleibt ein **dreckiges Geschäft**, wie bei uranium-network.org Aktive in einem [Podcast](#) betonen. Doch die Atomindustrie bereitet sich auf eine ferne Zukunft vor, unter anderem mit einem neuen **Studiengang**. Auch US-Präsident Trump sucht weiter Mittel und Wege, existierende Banne aufzuheben und Uranbergbau zu fördern.

Positive Meldungen gibt es aber auch – so hat **Schweden** den **Uranabbau verboten**, Minen in den USA und Namibia liegen vorläufig brach, die Uran- und Atompläne in der südafrikanischen Karoo sind gestoppt und **Proteste** in Spanien und den USA halten an.

Bleibt noch darauf hinzuweisen, dass auch wir die neue **Datenschutzgrundverordnung** befolgen. Alle Details dazu siehe unten. **Wenn Sie / Ihr den Rundbrief nicht weiter erhalten wollt, schreiben Sie / schreibt bitte einfach an: mail[at]uranium-network.org**. Vielen Dank!

Viel Spaß beim Lesen und eine ruhige Sommerzeit wünscht Ihnen und Euch das Team von uranium-network.org

Inhalt

o. Neue Datenschutzrichtlinie

I. Aktuelles rund um den Uranbergbau

1. Neueste Uranentwicklungen
2. Schweden: Uranbergbau verboten
3. Spanien: Kongress fordert Stilllegung der Uranpläne in Retortillo
4. Malawi / Namibia: Unklare Zukunft für Paladins Minen Kayelekera und Langer Heinrich
5. Südafrika: Uranbergbau in der Karoo und AKW-Baupläne gestoppt
6. Tanzania: zur Lage des Selous Game Reserve
7. USA: Industrie und Regierung wollen Uranbergbau

II. Unsere Projekte

1. Tanzania I: Graphit statt Uran – Magnis Resources und die WiN-Emscher-Lippe GmbH in NRW
2. Tanzania II: Überarbeitung der Vorschriften zum Umgang mit radioaktiven Erzen / Uranbergbau
3. Bericht I : Besuch von Wilbert Mahundi
4. Bericht II: beim Fest der weltweiten Kirche
5. uranium-network.org im Radio: Zur nuklearen Brennstoffkette

III. Ankündigungen

1. Internationales Anti-Atom-Sommerncamp in Frankreich im August
2. UraniumFilmFestival in USA im November/Dezember

IV. Mehr zu uranium-network.org

o. Neue Datenschutzrichtlinie

Auch wir sind mit dem Inkrafttreten der neuen Datenschutzgrundverordnung (DSGVO) verpflichtet, offen zu legen, wie wir mit Ihren und Euren Daten umgehen. Diesen erweiterten Datenschutz insbesondere personenbezogener Daten begrüßen wir sehr.

In Bezug auf Sie und Euch haben wir folgende Daten in unserer Adressverwaltung erfasst: Emailadresse, Vor- und Nachname und wenn Sie den Rundbrief für eine NGO erhalten, den Namen der NGO.

Wir benutzen diese Daten ausschließlich, um Sie und Euch wie gewohnt regelmäßig über die Entwicklungen im Bereich Uranbergbau, Berichte über unsere Aktivitäten, sowie Veranstaltungsankündigungen zu informieren. Der Versand des Rundbriefs erfolgt in der Regel vier Mal im Jahr, in seltenen Fällen versenden wir besonders aktuelle Hinweise.

Sie sind / Ihr seid gemäß § 34 BDSG jederzeit berechtigt, von uns eine Auskunftserteilung zu den zu Ihrer / Eurer Person gespeicherten Daten zu ersuchen. Gemäß § 35 BDSG können Sie / könnt Ihr jederzeit die Berichtigung, Löschung und Sperrung einzelner personenbezogener Daten verlangen.

Falls Sie möchten / Ihr möchtet, dass wir Ihre / Eure Daten löschen, schreiben Sie / schreibt uns eine E-Mail an info@uranium-network.org. Sie erhalten / Ihr erhaltet dann künftig keine Newsletter mehr. Sollten wir **keine Rückmeldung** erhalten, gehen wir davon aus, dass wir **Ihnen / Euch weiterhin den Rundbrief zukommen lassen** dürfen.

I. Aktuelles rund um den Uranbergbau

1. Neueste Uranentwicklungen

In einigen Artikeln wird die **Unwirtschaftlichkeit** von **Atomstrom** und dafür aber die **Profitabilität** von **Erneuerbaren** betont. Im [Mining Journal](#) heißt es, dass die Erzeugung von Atomstrom einfach teuer ist. Damit seien Investitionen in AKWs nicht einfach zu tätigen, sodass die Nachfrage nicht weiter wachse und der Uranpreis folglich nicht so bald steigen bzw. der Uranbergbau somit nicht rentabler werde. Im Vergleich zu den **sinkenden Kosten für Wind und Sonne** erschienen die Atomstromkosten sogar noch höher. So sei es langfristig wirtschaftlich sinnvoller, Kohle- und Atomkraftwerke abzuschalten und auf Erneuerbare Energieerzeugung zu setzen. Das sei auch international der Fall; insbesondere in [Südostasien](#) würden sich **Investitionen in Wind- und Sonnenenergie lohnen**.

Die **hohen Kosten** für die Erzeugung von **Atomstrom** liegen auch daran, dass der **Bau von AKWs** so teuer ist. Wie im [World Nuclear Status Report 2018](#) beschrieben, gehen **wenige neue Kraftwerke** ans Netz. 2017 und 2018 werden es zusammen sieben sein, wobei aber auch einige abgeschaltet wurden. Derzeit befinden sich 52 Reaktoren in 15 Ländern im Bau und 410 sind in Betrieb mit einem durchschnittlichen Alter von 30 Jahren. Die Anzahl neuer AKWs wird laut Mycle Schneider vermutlich [sinken](#), weil die Investitionen zunehmend von den Unternehmen selbst getragen werden müssen. Dadurch verzögern sich Neubauten oder werden sogar gestoppt. Während 2017 dank China **die weltweite Atomstromproduktion um ein Prozent gestiegen** ist, **sinkt ihr Anteil am Gesamtstrommix** rapide.

Das mag aber auch mit daran liegen, dass immer mehr Strom genutzt wird. Noch immer kämpfen viele Länder des Globalen Südens damit, überhaupt ausreichend Strom zu produzieren. So folgt die **Regierung Nigers** dem Trend, zu verkünden, man wolle das **Stromdefizit mit Atomstrom** auffangen. Statt auf **Wind und Sonne** zu setzen, wie es nun auch in **Südafrika** der Fall ist (siehe I.5.), hat Nigers Regierung Gremien eingesetzt, die Infrastrukturpläne entwickeln sollen, um Uran für die Stromerzeugung zu nutzen. Nun war ein Team der **Internationalen Atomenergieagentur (IAEA)** vor Ort und hat die Pläne [kommentiert](#).

Darunter findet sich auch der Ratschlag, die Gesetzeslage an die Vorhaben [anzupassen](#). Der Bericht der IAEA würde ausführlich angeschaut und umgesetzt, um Nigers Weg hin zu Atomkraft voranzubringen, so der Präsident der nigrischen High Authority for Atomic Energy. Unklar bleibt uns, woher das **benötigte Kühlwasser** kommen soll und wie Niger auf die Schnelle ein **Stromnetz** aufbauen will, in das der produzierte Atomstrom eingespeist werden soll.

Die IAEA ist auch in Deutschland präsent: Dieses Wintersemester soll an der **Technischen Hochschule Brandenburg** ein **neuer Masterstudiengang für Nukleare Sicherheit** [beginnen](#). Dieser wurde **in enger Zusammenarbeit mit der IAEA** entwickelt und soll insbesondere Studierende aus dem Globalen Süden ansprechen. Vier bis fünf Personen wird das Studium sogar von der IAEA finanziert.

Das passt zu den [Plänen](#) der **Regierungen der USA, Kanadas und Japans**, **Atomstrom** als **emissionsfreie Alternative zu Kohle** zu bewerben. Mit der „Nuclear Innovation: Clean Energy (NICE) Future Initiative“ wollen sie Atomstrom als saubere Energie verkaufen. Diese Mär auseinanderzupflücken, bleibt eine wichtige Aufgabe für uns und all jene, die der Urannutzung den Garaus machen wollen. Don't nuke the climate!

Ein Grund dafür ist nun mal das hohe Risiko von Unfällen entlang der gesamten Brennstoffkette, das auch nach Stilllegung einer Mine besteht. Im April machten **CRIRAD** und das **Bündnis Bois noirs** auf die **unzureichende Rehabilitation der ehemaligen Uranmine Saint-Priest-La-Prugne von Orano** (ex-Areva) in der Provinz Loire [aufmerksam](#). Die radioaktiven Abfälle lagern in einem künstlichen See, dessen Wasser **über die Ufer treten** und in den nahegelegenden **Fluss Besbre laufen**.

Dennoch hoffen wir auf mehr Produktionsstopps wegen niedriger Uranpreise, denn die beschäftigen die Atomindustrie weiter: **Cameco** [entlässt](#) in drei Minen in **Kanada** insgesamt **700 Personen**, um **Unternehmensverluste** von 76 Millionen US-Dollar entgegenzuwirken. Die Minen **McArthur River** und **Key Lake** bleiben wie bisher bis auf **unbestimmte Zeit geschlossen**. Damit hofft der Konzern, 45 Millionen US-Dollar einzusparen.

Teil der Brennstoffkette ist auch der Urantransport. Hilfreich war hier die **Veröffentlichung** von **Statistiken zum Urantransport in Deutschland** als Antwort auf eine [Kleine Anfrage](#) der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Auf Basis der Daten hat Spiegel Online eine [interaktive Karte](#) der Atomtransporte erstellt. Allerdings gab das Bundesamt für Strahlenschutz nur Transporte an, die bereits abgeschlossen sind, sowie einzig AbsenderIn und EmpfängerIn, keine Umschlagorte.

Ein kleiner Erfolg ist auch, dass die **Umweltbehörde Ungarns** eine **Lizenz** für eine beantragte Uranmine **verweigert** hat, da sich die Mine in einem **Naturschutzgebiet** befindet. Bereits 2010 sollte die Produktion beginnen, doch wegen des **niedrigen Uranpreises** hatte Betreiber Wildhorse Ltd. den Start verschoben. Seitdem gab es mehrere Anläufe, angedacht als **öffentlich-private Partnerschaft** mit dem ungarischen Staat. Im Oktober 2017 hatte der neue Betreiber **Magyar Urán Resources Kft.** die Lizenz für eine Untertage-Mine beantragt, um innerhalb von 27 Jahren 31 Millionen Tonnen abzubauen. Die Umweltbehörde hat dem nun erstmal einen Riegel vorgeschoben.

2. Schweden: Uranbergbau verboten

Im Mai [beschloss](#) das schwedische Parlament das von der Regierung eingebrachte Gesetzesvorhaben, **Uranbergbau und -exploration zu verbieten**. Dazu zählt **auch die Anreicherung von Uran für Atomstrom**. Noch wird in Schweden kein Uran abgebaut, über **500 BetreiberInnen** haben aber [Explorationslizenzen](#). Ab dem 1. August ist damit Schluss, obwohl es in Schweden einige der größten Uranvorkommen gibt – manche sagen europa-, andere sogar weltweit. Dabei handelt es sich aber oft um [geringe Urankonzentration](#) im Gestein, sodass große Flächen abgebaut werden müssten, was die Landschaft nachhaltig verändern und riesige Mengen radioaktiven Abfall produzieren würde.

Auch wenn der Schritt richtig ist, weist das *anti-uranium network* in Schweden auf die **Widersprüchlichkeit** hin, **Uranbergbau zu verbieten, aber weiterhin Atomstrom zu nutzen**. 2009 wurde ein Ausstieg aus dem zuvor entschiedenen Atomausstieg beschlossen. Das Netzwerk fordert zudem einen weltweiten Uranbann einzuführen, um damit auch die Produktion von Atomstrom und -waffen zu beenden.

3. Spanien: Kongress fordert Stilllegung der Uranpläne in Retortillo

Mitte Juni forderte das **spanische Unterhaus** die Regierung **einstimmig** auf, das Retortillo-Projekt [lahmzulegen](#). Die spanische Regierung ist zudem aufgerufen, **alle relevanten Informationen an die portugiesische Regierung weiterzugeben**. Der Rat der Nuklearsicherheit wird dazu aufgefordert, bis Ende Juli einen **detaillierten Bericht** vorzulegen über die aktuelle Situation der Lizenzen des Bergbauprojekts.

Währenddessen beschloss das **portugiesische Parlament**, die **Regierung** solle alle **Schritte** einleiten, um den **Uranbergbau** im Retortillo-Projekt zu **verhindern** und auf eine **Umweltverträglichkeitsstudie** zu bestehen, die beide Länder einbezieht.

Tausende demonstrierten erneut gegen die geplante Uranmine in Zentralspanien unweit der Grenze zu Portugal. Der Protest gegen das Retortillo-Projekt vergrößert sich zunehmend, auch weil sich *No a la mina de uranio* mit der Anti-Atom-Bewegung, dem *Movimento Ibérico Antinuclear*, zusammengeschlossen hat und die **Forderung** der **Stilllegung** des Projektes mit einem **Atomausstieg** verbunden wird.

Der australische **Betreiber** Berkely dagegen [verkündete](#) einen **Produktionsbeginn ab 2020**, statt wie bisher 2018. Genug Mittel seien vorhanden, um das Projekt ein weiteres Jahr aufrecht zu erhalten, es werde daher **nach „alternativer Finanzierung“ gesucht**, um in die ausstehende Infrastruktur investieren zu können. Die Gerüchte, **dem Konzern gehe das Geld aus**, verfestigen sich hiermit.

Im Juni lief dazu eine 30-minütige [Doku](#) auf arte.

4. Malawi / Namibia: Unklare Zukunft für Paladins Minen Kayelekera und Langer Heinrich

Ende Mai verkündete der australische Urankonzern Paladin, die **Produktion** seiner Uranmine in Namibia, **Langer Heinrich**, für Pflege und Wartung zu **unterbrechen**. Bereits im Vorfeld hatte das Unternehmen angekündigt, angesichts des niedrigen Uranpreises einen Produktionsstopp einzulegen, weil die Mine unter den derzeitigen Umständen **nicht profitabel** wirtschaftete. Damit reiht sich diese Neuigkeit ein in eine lange Kette ungünstiger Bedingungen des einst an der Börse hochgejubelten Konzerns.

Nach dem **Abwenden der Insolvenz**, indem alle GläubigerInnen zu AnteilseignerInnen gemacht und alle Schulden aufgehoben wurden, hatte Paladin gehofft, mit **Profiten aus Langer Heinrich die Kayelekera-Mine in Malawi rehabilitieren** zu können. Das schien von Beginn an **illusorisch** und wird nun durch den vorübergehende Schließung der Langer Heinrich-Mine **bestätigt**.

Unsere **Sorge**, dass die derzeitigen Entwicklungen dazu führen, dass **Kayelekera unsaniert** bliebe, teilen **Friends of the Earth Australia**: In einem [Bericht](#) legen sie dar, das Unternehmen habe **unzureichende Finanzmittel für die Sanierung** beiseite gelegt und sollte Paladin Konkurs anmelden, werde dieses Geld für eine Rehabilitation gar nicht zur Verfügung stehen. Sie [rufen](#) die Regierungen von Australien, Westaustralien und Malawi sowie

Paladins Management dazu auf, **gemeinsam nach einer Lösung zu suchen**. Außerdem bedarf es **strengerer Gesetzesgrundlagen für die Sanierung von (Uran-)Minen** – nicht nur in Malawi, auch in anderen afrikanischen Ländern.

Auch in **Namibia** sei die **gesetzliche Regulierung** zur Schließung von Minen **unzureichend**, bestätigt die namibische Behörde Geological Survey in ihrem [Bericht](#) „Strategischen Umweltmanagementplan“. Obwohl das Umwelt- und Tourismusministerium 2016 mit der Formulierung eines Gesetzes begonnen habe, **„hat Namibia derzeit keine Gesetzgebung, die eine Schließung von Minen reguliert“** (S. 129; eigene Übersetzung).

5. Südafrika: Uranbergbau in der Karoo und AKW-Baupläne gestoppt

Dass Protest Früchte trägt, ist nicht nur eine Hoffnung, sondern immer wieder auch Realität: Es waren die [vereinten Kräfte](#) verschiedener Umweltorganisationen Südafrikas, darunter Southern African Faith Communities Environment Institute ([SAFCEI](#)), [Southern Cape Land Committee](#) und [Earthlife Africa](#), die dazu beitrugen, das großangelegte Uranbergbauprojekt in der Karoo-Wüste zu stoppen. Aufgrund [fehlerhafter Antragsdokumentation](#) verkleinerte sich das anfänglich 700.000ha große Gebiet schnell auf zwölf Prozent der Fläche, doch auch diese konnten dem australischen Unternehmen Peninsula Energy madig gemacht werden: Die Folgen für die Umwelt wären fatal gewesen; seltene endemische Pflanzenarten trugen zum Stopp der Pläne bei. Der niedrige Uranpreis, der den Abbau des Unternehmens in den USA bereits verkomplizierte, ließ es schließlich einen Rückzieher machen.

Das Bergbauprojekt war Teil eines größeren Nuklearplans der südafrikanischen Regierung unter dem damaligen Präsidenten Jacob Zuma. Das abgebaute Uran sollte unter anderem zur Stromerzeugung in neu zu bauenden AKWs genutzt werden. Allerdings gab es hier einige undurchschaubare Korruptionsdeals und zwei Finanzminister wurden von Zuma abgesetzt, weil sie das Vorhaben nicht mitfinanzieren wollten.

Zwei Aktivistinnen reichten daher Klage gegen die zehn geplanten AKWs ein und bekamen im Frühjahr 2017 [Recht](#): Die Vereinbarung, die AKWs von Russland abzukaufen, sei ohne die nötige Abstimmung mit dem Parlament zustande gekommen. Mako Lekalakala und Liz McDavid haben für ihr Engagement den diesjährigen Umweltpreis Goldman Environment Prize [bekommen](#).

Auch wenn Projekte so gut wie nie vollständig begraben werden, schätzt Stefan Cramer von SAFCEI die Wiederbelebung des Karoo-Vorhabens als sehr unwahrscheinlich ein. Der neue Präsident Cyril Ramaphose verkündete nun zudem, stärker auf Sonne und Wind als Stromquellen zurückgreifen zu wollen. Ein Erfolg, der durchaus Nachahmung finden kann!

6. Tanzania: zur Lage des Selous Game Reserve

Im Juli fand die 42. [Sitzung](#) des World Heritage Committee (WHC) in Bahrein statt, auf der einmal mehr die Situation des Selous Game Reserve erörtert wurde. Ein Anlass, einen Blick auf die aktuelle Situation zu werfen:

Entschieden wurde, das **Naturschutzgebiet weiterhin** als **gefährdet** einzustufen. Ein Grund von vielen ist der geplante **Stiegler's Gorge Staudamm**, der im Fokus des WHC liegt. Das Gremium fordert von der tanzanischen Regierung weiterhin die **Erstellung** einer neuen **Umweltverträglichkeitsstudie**, sollte Rosatom sich dazu entschließen, im **Mkuju River Project** das Uran per **In Situ Leaching** abzubauen.

Im Gegensatz dazu wurde beim Treffen der **NGO World Heritage Watch** noch einmal deutlich, wie viele offene Fragen es hinsichtlich der Vereinbarkeit von Uranbergbau und der Aufrechterhaltung des Weltkulturerbestatus es gibt (siehe [Bericht](#) S.34f.).

Derzeit liegt das **Vorhaben** allerdings **still**, da der Betreiber Mantra (im Besitz von UraniumOne/ROSATOM) hatte einen Aufschub für seine Genehmigung beantragt und bis zum Jahr 2020 erhalten hat; ohne diesen Aufschub könnte die Bergbau-Lizenz verfallen. Uranmarkt-Analysten rechneten damals mit einem Anstieg des **Uranpreises** nach 2020. Neueren Analysen zufolge, vorgestellt im Juni 2018 bei der Uranium Raw Materials (URAM)-Konferenz der IAEA in Wien, könnte ein Uranpreis-Anstieg, der den Abbau des Mkuju River Uranvorkommens wirtschaftlich interessant machen würde, erst in weiteren 10 Jahren eintreten.

Zudem bestehen nach wie vor Widersprüchlichkeiten in Hinblick auf den avisierten **Urantransportweg**: Während der Chef der tanzanischen Atomenergiebehörde TAEC auf der URAM-Konferenz der IAEA den **Ausbau des Seehafens von Dar es Salaam** für Urantransporte hervorhob, ist in einem von der EU mit 2,5 Millionen Euro geförderten Projekt (siehe II.2.) ein **Transportweg über Land** durch Malawi und Sambia zum **namibischen Hafen Walvis Bay** vorgesehen.

7. USA: Industrie und Regierung wollen Uranbergbau

Wie wir bereits mehrfach berichteten, sind AktivistInnen in den USA derzeit sehr angespannt. **US-Präsident Trump** lässt prüfen, **ob Uranimporte die nationale Sicherheit gefährden**. Das ist vor allem politisches Kalkül, um den heimischen Uranbergbau zu fördern. Allerdings exportiert die USA bereits jetzt überschüssiges Uran an Kanada und Australien. Sogar der größte Atomstromkonzern der USA, Exelon Corp., **betonte**, dass Uran keine Ressource sei, die die nationale Sicherheit einschränke.

In dieselbe Kerbe schlägt die anstehende **Entscheidung** des Obersten Gerichtshofs der USA, **ob Bundesstaaten** aufgrund von Gesundheitsrisiken einen **Uranbann verhängen können**. Die Klage kam von Virginia Energy Resources Inc und Anderen, die Interesse am **Abbau eines Uranvorkommens in Süd-Virginia** haben. Dort ist der Uranbergbau verboten. Nachdem letztes Jahr das **Oberlandesgericht in Virginia den Bann aufrecht erhalten** hat, gingen die KlägerInnen in Berufung. Der Oberste Gerichtshof muss nun prüfen, ob das Atomenergiewerkgesetz von 1954 höher als bundesstaatliche Gesetzgebung liegt. Da ist geregelt, dass die nationale Nuklearregulierungskommission Sicherheitsstandards festlegt. **Präsident Trump unterstützt die Industrie** in ihrer Forderung, Uran abbauen zu können.

Auch im **Grand Canyon** geht der Kampf gegen Uranbergbau weiter, insbesondere seitdem die US-amerikanische Waldbehörde dazu geraten hat, den Bann zu überdenken. Dass die **jahrelange Bedrohung** der eigenen Lebensgrundlage **traumatisch** wirkt, zeigt ein **Kurzfilm** über die Gefährdung der Wasserreservoirs im Reservat der **Havasupai**. Ein **Bericht** legt ausführlich die verschiedenen **Gefahren des Uranbergbaus** im Grand Canyon dar, darunter neben der Wasserverschmutzung auch die Verwehrung radioaktiver Partikel. Die lange Geschichte des Uranbergbaus in den USA macht deutlich, dass der Abbau viel dreckiger ist als zumeist dargestellt.

Im Juni **startete** zudem eine **Kampagne** von SportlerInnen und UmweltschützerInnen, um den Innenminister Ryan Zinke davon zu überzeugen, den **Bann aufrechtzuerhalten**. Nicht zuletzt würde die Öffnung der Canyon-Mine auch den **Status** des Grand Canyon als **Weltkulturerbestätte gefährden**, wie im Bericht des World Heritage Watch-Treffens im Juli deutlich wird (siehe **Bericht** S. 48).

II. Unsere Aktivitäten

1. Tanzania I: Graphit statt Uran – Magnis Resources und die WiN Emscher-Lippe GmbH in NRW

Aufgrund des niedrigen Uranpreises will Magnis Resources, auch bekannt als Uranex, noch warten, bis das Unternehmen möglicherweise mit der Uranproduktion in Tansania beginnt. **Profitabler** scheint unter den aktuellen politischen Vorzeichen der **Digitalisierung** der **Graphitbergbau**: Graphit ist wesentlicher **Bestandteil** von **Lithium-Ionen-Batterien**, die zum Beispiel für **e-Autos** oder auch Laptops gebraucht werden. Das **Nachgraphite Project** in Südtansania ist noch ein Vorhaben, doch wurden bereits **Vereinbarungen** zur **Weiterverarbeitung** und mit möglichen Produktionsstandorten getroffen. Darunter ist die **öffentlich-private Partnerschaft WiN Emscher Lippe GmbH**, deren Anteile zu mindestens 51 Prozent zwölf Städten in **Nordrhein-Westfalen** gehören.

Wir erinnern uns gut an die problematischen **Probebohrungen** in Bahi, die unserer Einschätzung nach zu den **Haut- und Augenkrankheiten** 2012 führten. Wir erinnern uns auch daran, dass **AnwohnerInnen** entgegen tanzanischer Gesetzesgebung **ungenügend informiert** wurden. Vor dem Hintergrund dessen, sind wir **alarmiert**, dass eine öffentlich-private Partnerschaft in Deutschland mit Magnis zusammen arbeiten will.

Ein [Informationsblatt](#) fasst die **wichtigsten Fakten und Fragen** zusammen.

2. Tanzania II: Überarbeitung der Vorschriften zum Umgang mit radioaktiven Erzen / Uranbergbau

Nach erheblicher Kritik der IAEA nach einem Vor-Ort-Besuch in Tanzania im Jahr 2015, schrieb die Europäische Union ein **Programm** von 2,5 Mio Euro aus, um die tanzanische Regierung bei der **Erarbeitung international kompatibler Regelungen** für den Uranbergbau zu unterstützen. Der Auftrag ging letztlich an das **kasachische ISTC** (International Science and Technology Center), das von der EU mitgegründet worden war. Das ISTC macht unverhohlenen **Werbung für Atomkraft** – auch in Afrika. Dabei fokussiert das ISTC vor allem auf Non-Proliferations-Aspekte, damit Uran als Rohstoff für Atomwaffen nicht in die falschen Hände gelangen sollte (wir berichteten).

Die tanzanische Atomenergiebehörde **TAEC erarbeitete** mit Unterstützung der EU neue **Regelungen** für den **Umgang mit radioaktiven Stoffen**. Dies betrifft auch den Uranbergbau und den damit verbundenen Transport von ‚Natururan‘ (yellowcake).

Auf Initiative tanzanischer NGOs, wurde von Seiten der Atombehörde TAEC angekündigt, dass auch die **Zivilgesellschaft** an der Erstellung der neuen Richtlinie **beteiligt** werden sollte. Um möglichst viele NGOs auf diesen Prozess vorzubereiten, organisierte **CESOPE** im Mai einen **Workshop** in Dodoma zum Thema gesetzliche Vorschriften zu Strahlenschutz. Peter Diehl und Gerd Schmidt als internationale Experten waren per Skype dabei. Der Workshop stieß auf reges Interesse und lieferte einen **neuen Impuls für die urankritische Arbeit** der Partner in Tanzania. CESOPE konnte dadurch auch erfolgsversprechend **Kontakte** zu **Parlamentsabgeordneten** knüpfen.

Derzeit ist allerdings **unklar**, ob die **neue Richtlinie** ohne Beteiligung der Zivilgesellschaft **schon umgesetzt** wurde oder gar eine eigenständig entwickelte Gesetzgebung vom Bergbauministerium in Kraft treten wird – was im Widerspruch zu der von der IAEA 2015 geforderten Trennung der Aufgabenbereiche und Verantwortlichkeiten stehen würde.

3. Bericht I: Besuch von Wilbert Mahundi

Ende Mai war unser **Kooperationspartner** Wilbert Mahundi vom **Tanzania Mineral Mining Turst Fund (TMMTF)** in Europa. Die niederländische NGO [SOMO](#), die sich kritisch mit transnationalen Unternehmen wie UraniumOne auseinandersetzt, hatte ihn für einen Workshop nach Amsterdam eingeladen.

Anschließend besuchte Wilbert Mahundi Deutschland, um weitere Aktivitäten zu besprechen. Insbesondere plant er für die Gemeinden seiner Region ein **Imkereiprojekt**, da die Erschließung von Honigquellen in der Region Tradition hat. Ziel ist es, den AnwohnerInnen, insbesondere jüngeren Leuten, die von Arbeitslosigkeit betroffen sind, eine Einkommensquelle zu erschließen. In Freiburg besuchten wir deshalb eine Bienen-Kooperative, die einen Eindruck bot, was zu beachten ist.

Vor seiner Rückreise nach Tanzania konnten wir auch einen Termin mit einer Verantwortlichen der **Frankfurter Zoologischen Gesellschaft** vereinbaren, die stark im Selous Game Reserve engagiert ist. Mit ihr konnten wir über die Gefahren des Uranbergbaus in der Weltnaturerbestätte sprechen; häufig sind diese nur unzureichend bekannt.

Die niederländische NGO SOMO hat zudem **erfolgreich Workshops in der Region Namtumbo** veranstaltet und – nach unserem Einstieg in die Thematik im Jahr 2012 - die Gefahren des Uranbergbaus der Bevölkerung näher bringen können.

4. Bericht II: beim Fest der weltweiten Kirche

Am 22. Juli hatten wir wie seit vielen Jahren einen kleinen **Infostand** beim **Fest der weltweiten Kirche** bei Mission EineWelt in Neuendettelsau. Dem Motto des Fests gemäß trifft man dort viele Menschen, die in kirchlichen Partnerschaften mit Ländern im Globalen Süden engagiert sind, wo Uranbergbau vielerorts ein Thema ist. Außerdem sind auch immer Gäste aus den Partnerländern, vor allem aus Tanzania dort. So ergaben sich auch dieses Jahr wieder interessante Gespräche und so manche FestbesucherInnen, die einfach nur am Stand vorbeischlenderten, wurden durch unsere Präsenz darauf aufmerksam, dass Uranbergbau ein relevantes Thema in den Partnerländern der Gemeinden und Kirchen sein kann.

5. uranium-network.org im Radio: Zur nuklearen Brennstoffkette

In einem Beitrag in Deutschlandradio Kultur von Anfang Juli tauchen Stimmen einiger Mitstreiter des uranium-network.org auf. In „**Stillegung ist eine Illusion. Das Märchen vom Ende der Atomkraft**“ folgt Autorin Julia Tieke den verschiedenen Pfaden der **atomaren Brennstoffkette**. So schaut sie unter anderem auf die Brennelementefabrik in Lingen, auf abgeschaltete AKWs und fragt auch nach der Herkunft von Uran. Dabei problematisieren sie und die GesprächspartnerInnen die **Intransparenz** der Bundesregierung, woher das in Deutschland verwendete Uran kommt ebenso wie die **fälschliche Behauptung** der Industrie, es handle sich um einen „**Kernbrennstoffkreislauf**“. Die Autorin beleuchtet die Gefahren für Umwelt und Gesundheit und lässt dabei auch die ungelöste Endlagerung nicht aus.

Ein lohnender [Podcast](#) von knapp 30min!

III. Ankündigungen

1. Internationales Anti-Atom-Sommercamp in Frankreich im August

Vom **6. bis 12. August** wird nahe Narbonne in Frankreich das nächste [internationale Anti-Atom-Sommercamp](#) stattfinden. Das letzte dieser Art war fand in Döbeln, Deutschland, statt. Wieder organisiert das **Nuclear Heritage Network** ein großes **Netzwerktreffen**, um **Erfahrungen** und **Wissen auszutauschen**. Zwei Themen stehen dieses Jahr im Fokus: Zum einen die **Uranaufbereitungsanlage von Orano** (früher Areva, siehe I.1.) in Narbonne-Malvési, zum anderen **Urantransporte** und damit verbundene Sicherheitsrisiken. Es soll aber genug Zeit für **Open Space** bleiben und auf jeden Fall auch für **Spaß**. Wer also noch eine Idee für einen Sommerausflug sucht, wo es was zu lernen gibt, aber auch Zeit für Entspannung bleibt, ist hier gut aufgehoben!

2. Internationales Uranfilmfestival in den USA im November/Dezember

Das internationale Uranfilmfestival reist fast jährlich um die Welt. Nicht nur finden Vorführungen in **Rio de Janeiro** und **Berlin** statt, je nach Finanzmitteln gibt es **zusätzliche Festivals** an anderen Orten der Welt. Dieses Mal geht es nach [Window Rock](#) in den USA und damit auf **Land der Diné**: Vom **29. November bis 1. Dezember** wird es Filmvorführungen, Diskussionen und Runde Tische geben (mehr zum Programm [hier](#)). Inhaltlich wird es vor allem um den legendären **Indigenen Welt-Uran-Gipfel** (Indigenous World Uranium Summit, IWUS) von vor zwölf Jahren gehen. Je nach finanzieller Lage wird es in der folgenden Woche **weitere Veranstaltungen** in Flagstaff, Albuquerque und Santa Fé geben.

Für alle, die nicht ganz so weit reisen können oder wollen: Sobald Termine für Berlin stehen, werden wir darüber informieren.

IV. Mehr zu uranium-network.org

Website: uranium-network.org

Facebook: facebook.com/UraniumNetwork – hier werden regelmäßig Links zu Veranstaltungen oder Artikeln gepostet.

Internationaler Uranverteiler: Anmeldung über mail@uranium-network.org – mit uranbezogenen Informationen, zumeist auf Englisch.

Für **Anmerkungen** und Hinweise, sowie Abmeldungen von diesem Rundbrief wendet Euch/wenden Sie sich bitte an: mail@uranium-network.org

Für **Spenden** – insbesondere für die Arbeit von CESOPE in Tanzania – sind wir sehr dankbar: Menschenrechte 3000 e.V.; Volksbank Freiburg; IBAN: DE 14 6809 0000 0021 3357 03; BIC: GENODE61FR1

(bei Spenden speziell für CESOPE bitte als Stichwort „CESOPE“ angeben). Wir stellen gerne Spendenbescheinigungen aus – dann ist die Spende von der Steuer absetzbar!

Impressum: uranium-network.org

uranium-network.org ist ein Projekt von MENSCHENRECHTE 3000 e.V.

Postfach 5102
79018 Freiburg

Für seine fachliche Unterstützung danken wir Peter Diehl, verantwortlich für das [WISE Uranium Project](#).